

TOP 5

## **Bericht der Behindertenbeauftragten der Stadt Eisenach**

**Sehr geehrte Stadträte, sehr geehrte Gäste,**

mein Berichtszeitraum umfasst das Jahr 2004.

Lassen Sie mich zuvor folgendes sagen :

In der Verfassung des Freistaates Thüringen wird in Artikel 2 Abs. 4 dem besonderen Schutz behinderter Menschen Verfassungsrang eingeräumt.

Es heißt: „Menschen mit Behinderungen stehen unter dem besonderen Schutz des Freistaates. „Das Land und seine Gebietskörperschaften fördern ihre gleichwertige Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft.“

Mit dem im Jahre 2002 von der Bundesregierung erlassenen Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen, dem Bundesgleichstellungsgesetz wird darüber hinaus auf das Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung entsprechend den besonderen Bedürfnissen verwiesen.

Menschen gelten als behindert, wenn ihre körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als 6 Monate von dem für das Lebensalter typischen Zustand abweichen, daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist. Hervorzuheben ist, dass Behinderung immer zwei Aspekte hat, behindert zu sein und behindert zu werden. Insofern ist auch Barrierefreiheit nicht allein die Beseitigung von Behinderungen auf der Strasse, in Verkehrsmitteln oder Gebäuden, sondern gleichermaßen von Behinderungen durch Einstellungen und Verhaltensweisen der Menschen im Alltag.

Über die für alle Bürger zutreffenden politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen hinaus erfolgte gleichermaßen ein Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik. Zu ihren Inhalten gehören ein weites Spektrum materieller Unterstützungsleistungen, sowie umfangreiche soziale Dienstleistungen und psychosoziale Angebote. Das heißt also weg von ausgrenzender Fürsorge hin zu uneingeschränkter Teilhabe, weg vom Mitleid hin zur Gleichstellung zur Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung. Große Worte bei denen noch viel zu tun bleibt, denn noch sind die Hemmnisse sehr gravierend, da sie sich nicht nur auf Gesundheits- und Sozialpolitik eingrenzen lassen, sondern auch im Finanzministerium eine große Rolle spielen, es heißt, ein Landesgleichstellungsgesetz ja, aber es darf nichts kosten bzw. 300.000,00 Euro nicht überschreiten.

Es wird eine wesentliche Aufgabe für 2005 sein, dass endlich ein Landesgleichstellungsgesetz verabschiedet wird.

Siehe A

Nach einem im Frühjahr 2004 vorgelegten Bericht zur Situation behinderter Menschen leben im Freistaat Thüringen etwa 284 000 Menschen, die als behindert anerkannt sind. Das sind etwa 11,9 % der Bevölkerung, etwa 8,5 % aller Thüringer sind schwerbehindert mit einem Grad der Behinderung von 50 - 100 %. Davon leben in der Stadt Eisenach 5133 behinderte Menschen, 2532 männlich, 2601 weiblich, das sind 11,6 % und 3799 schwerbehinderte Menschen, davon 1873 männlich, 1926 weiblich, das sind 8,6%.

Die Zahl ist insofern anfechtbar, weil viele Menschen keine Anträge zur Feststellung einer Schwerbehinderung stellen, aber es ist eine Größenordnung, die nicht zu unterschätzen ist.

Meine Hauptaufgaben waren und sind, Beratung, Unterstützung und Begleitung zu Fragen des Schwerbehindertenrechts, bei Antragstellungen, Hilfen bei der Alltagsbewältigung, Vermittlung von Diensten, kurzer Draht zu den Fachämtern um schnell und unbürokratisch zu helfen. Treffen der Behindertenvereine und -verbände organisieren, um gemeinsame Ziele und Aktivitäten zu beraten, bis auf dieses Jahr gab es jedes Jahr eine große Aktion.

2004 suchten mich ca.265 Bürger in meiner Sprechstunde auf, 10 Bürger besuchte ich zu Hause und immer mehr nutzen den telefonischen Weg.

Nicht jeder Sachverhalt ist gleich geklärt, so dass viele Bürger öfter kommen müssen.

Viermal jährlich treffen sich Vereine und Verbände der Stadt mit der Behindertenbeauftragten zur Bearbeitung verschiedener Themen, wir arbeiten sehr eng miteinander, um auch für die gegenseitige Beachtung der verschiedenen Behinderungsarten zu sensibilisieren und den Blick für das Ganze zu schärfen.

Zum Jahresende treffen wir uns stets mit dem OB, zu einem Jahresrückblick und alle Vereine können noch einmal ihre Probleme benennen, die der OB dann prüfen lässt und jeder erhält durch mich eine Antwort.

Zweimal jährlich lädt das TMSFG zu einem Austausch und aktueller Problemdiskussionen ein, so dass wir ein Podium haben, um dort städtische Probleme weiterzugeben.

Viermal jährlich treffen sich die Kommunalen Behindertenbeauftragten in verschiedenen Orten zu fachlichen Vorträgen, z.B. barrierefreies Bauen, zuarbeiten zum Landesgleichstellungsgesetz oder dem neuen Betreuungsgesetz etc.

Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Fachämtern ist sehr gut, inzwischen ist es jedem bekannt besonders im Baudezernat, dass alle Bauvorhaben, die öffentlich oder gewerblich genutzt werden sollen unter Einbeziehung der Behindertenbeauftragten geprüft werden müssen.

Leider gibt es auch einige Negativbeispiele, bei denen ich nicht zur Stellungnahme aufgefordert wurde und so z.B. ist das Pressehaus in keiner Weise behindertengerecht gebaut und Rollstuhlfahrer kommen nicht in die Räume der Anzeigenaufnahme. Da das Gebäude denkmalgeschützt ist und der enge Bürgersteig eine Rampe nicht zulässt, gab es kaum eine Möglichkeit der Gestaltung, im Gespräch mit dem Geschäftsführer der Zeitungsgruppe wurde eine Klingel am Gebäude angebracht, so dass die MitarbeiterInnen vor die Tür gehen, es bleibt aber Ausgrenzung.

Einige neu zugelassene Gaststätten besonders im Zentrum sind nicht barrierefrei gestaltet, oft machen mich Bürger darauf aufmerksam, dass wieder etwas neues entsteht.

Leider wird auch der Ratskeller nicht barrierefrei zu bauen sein, aber hier haben wir alle uns bekannten Körperbehinderten eingeladen, die Situation erklärt und vor Ort gezeigt, so dass das Verständnis ein ganz anderes ist, aber auch hier werden wir Alternativen finden müssen, denn wieder ist es eine Ausgrenzung, auch für Touristen.

Ein positives Beispiel noch, nach dem der Glockenhof einen Biergarten geschaffen hat, wurde auch dort nicht an eine Rampe gedacht. Auf Anfrage wurde dies sofort nachgeholt.

Es gibt es nur sehr wenige Möglichkeiten der Toilettenbenutzung in Eisenach, besonders in Gaststätten.

Im Kino sind leider nur zwei Plätze für Rollstuhlfahrer gestaltet und nur in einem Saal, so dass man einen Film sehen muss, der es nicht sein sollte – wieder Ausgrenzung.

Der Bedarf ist nach meinen Beobachtungen im Tourismusbereich gestiegen, besonders am Wochenende sehe ich zahlreiche Körperbehinderte. Die Anzahl behinderter Besucher unserer Stadt ist nicht zu unterschätzen, es gibt in Eisenach max. drei behindertengerechte Hotelzimmer, viele Hotels sagen, dass dieser Personenkreis nicht zu ihren Kunden gehören muss. Die Anfragen an barrierefreien Tourismus über Internet, wenn ein Besuch vorbereitet wird, häufen sich.

Die Wandelhalle wird barrierefrei gestaltet, ebenso befindet sich die Gestaltung des Nordplatzes im Kuhgehänge in der Planungsphase und er wird barrierefrei gestaltet, auch werden alle wichtigen Multiplikatoren eingeladen. Der Neubau des Bachhauses ist barrierefrei geplant, wobei der Eingang sozusagen von hinten geplant ist, wir müssen bei der Gestaltung des Frauenplanes auf einen Zugang durch den Haupteingang achten, es kann nicht sein, dass behinderte Touristen schon optisch eine Ausgrenzung erfahren.

Die Gestaltung der Karlstrasse entstand auch in positiver Weise unter Einbeziehung von Vereinen zu verschiedenen Behinderungsarten, so dass auch für blinde Menschen ein Orientierungssystem geschaffen wurde. Sowohl Körperbehinderte als auch blinde Bürger sind sehr zufrieden mit dem Ergebnis der Karlstrasse, weniger schön ist, dass nicht alle Geschäfte gleichzeitig barrierefreie Zugänge in ihre Läden geschaffen haben, scheinbar kann man es sich noch leisten auf verschiedenen Kundengruppen zu verzichten.

Ein weiteres positives Signal war die Beteiligung am Workshop zur Gestaltung des Karlsplatzes Behindertenbeauftragte, Seniorenbeauftragte sowie Betroffene konnten professionell ihre Vorstellungen zur barrierefreien Gestaltung des Karlsplatzes einbringen und die Architekten versuchten alle Wünsche einzuarbeiten. Nun gilt es in der Umsetzungsphase auf die Realisierung zu achten und dafür zu sorgen, dass es weiter geht.

Des Weiteren besuchte ich Fortbildungen zum neuen Baugesetz, nehme an vielen Veranstaltungen der Akteure in der Stadt teil, um immer auf die Belange Behinderter aufmerksam zu machen dazu bin ich auch in Kontakt mit Serviceclubs, um das Thema Schwerbehinderung und Arbeit in verschiedenen Betrieben immer wieder anzusprechen und auch von den Vorteilen für Arbeitgeber zu überzeugen, wenn sie behinderte Menschen einstellen.

Für 2005 ist es geplant, gemeinsam mit der Tourismus GmbH zu analysieren, wie behindertenfreundlich die touristischen Angebote der Stadt sind und was es zu verändern gilt. Wir wollen sehr vorsichtig mit den Begriffen „barrierefrei“ und „Behindertengerecht“ umgehen, da dies nie pauschal zu beantworten ist.

Der Blinde bedarf anderer Barrierefreiheit als der Gehörlose oder Rollstuhlfahrer, hier bleibt uns noch viel zu tun.

Und ich gebe es nicht auf Dienstleistungsanbieter (Banken, KK etc.) zu ermuntern, wenigstens einen ihrer Mitarbeiter/in oder einen Auszubildenden die Gebärdensprache erlernen zu lassen.

Es ist wichtig zu beachten nicht nur den Rollstuhlfahrer im Zusammenhang mit Barrierefreiheit zu sehen, weil dessen Behinderung ersichtlich ist, sondern auch immer an die Blinden, Gehörlosen und zum Beispiel auch Menschen mit chronischen oder nicht sichtbaren Krankheiten zu denken, denn diese Zielgruppen sind immer auch Kunden.

In Eisenach existiert (noch) ein gutes Netz zur Versorgung behinderter Menschen vom frühesten Kindesalter an.

So wird von 2 Trägern Frühförderung für z., B. entwicklungsverzögerte Kinder, seh- oder hörbehinderte Kinder, für geistigbehinderte oder in der Wahrnehmung gestörte Kinder angeboten. Ebenso werden sozial benachteiligte und von Behinderung bedrohte Kinder betreut. Die betroffenen Kinder werden bis zum Schuleintritt betreut. So werden integrative Kindergartenplätze vorgehalten und nach der Schule gibt es Werkstätten für behinderte oder psychisch kranke Menschen, die es sich auch für die Stadträte lohnt, einmal zu besuchen.

Die Vermittlung, besonders psychisch kranker Menschen, wieder auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ist ein Problem, an dem wir ständig arbeiten. Wir sind ständig in der Ideenfindung für attraktive Arbeitsplätze behinderter Menschen außerhalb einer WfbM. Ebenso sorgt eine gezielte Wohnstruktur verschiedener Träger für geeignete Wohnformen behinderter Menschen.

Bei der Darstellung der Situation behinderter Menschen ist es mir sehr wichtig, sie über die Vielfalt der Behinderungsarten zu informieren, vom behinderten Bürger über den Touristen zum Kunden und den schwerbehinderten Menschen, die ein sicheres soziales Netz brauchen, um sich entwickeln zu können.

Oftmals ist Zuhören wichtiger als gute Ratschläge, die nichts nutzen, zusehends sehe ich mich in der Rolle des Zuhörers und des Verstehens der eigenen Nöte.

Wir müssen auch wahrnehmen, dass es in Deutschland ca. 700 000 demenzerkrankte Bürger gibt, das Land ist aufmerksam geworden. In Eisenach und den ländlichen Gebieten ist ein stetiger Anstieg zu verzeichnen, nicht weil die Erkrankung neu ist, nein, weil die gesellschaftliche Wandlung nun in der Lage ist, Hilfen anzubieten und die Angehörigen informiert sind, sich diese zu holen, ohne sich zu schämen. Die Zahl der Demenzkranken ist nur gestiegen, weil die Zahl der Älteren zugenommen hat.

Wir haben also auch im gerontopsychiatrischen Bereich eine hohe Verantwortung.

Zu Beginn des Jahres 2003 erfolgte bereits die Kommunalisierung der Eingliederungshilfe, entsprechend dem ehemaligen BSHG, bei der Diskussion zur Kommunalisierung der Horte stellte sich mir die Frage, ob die Mitglieder des Stadtrates sich dem stetigen Prozess der Kommunalisierung auf allen Ebenen bewusst waren, denn trotz massiver Proteste behinderter Menschen oder Vereine und Verbände hat die Landesregierung sich durchgesetzt.

Gesetzesänderungen, wie das Wunsch- und Wahlrecht behinderter Menschen mit dem Zusatz je nach Haushaltslage machen klar, dass die Übertragung der finanziellen Verantwortung auf die Kommunen jeden Bereich des täglichen Lebens erfasst. So kämpft jeder entsprechend seiner Fachlichkeit an seinem Platz und Populismus ist hier falsch, weil jeder wissen sollte, wovon er spricht und worüber er popularisiert, denn das hilft den Betroffenen nicht weiter.

Ich hoffe, dass jeder da wo Sachverstand vorhanden ist, ehrlich versucht, Situationen zu verbessern, aber nicht im Gießkannensystem ohne Sachverstand den Menschen Versprechungen zu machen oder im Chor zu schimpfen – ohne Lösungsansätze.

Was ist mit der gehörlosen Person, ob Rentnerin oder ALG II – Empfängerin, die sich die Batterien für ihr Hörgerät nicht mehr leisten kann, immer mehr Isolation ist vorprogrammiert.

Wir alle, die wir nicht jeden Tag mit den speziellen Problemen spezieller Sachverhalte befasst sind, müssen darauf achten, unsere Sinne zu schärfen und oftmals pragmatische Hilfen anzubieten.

So ist es mir wichtig, konkret im Einzelfall behilflich zu sein und Probleme, die viele betreffen, anzugehen, aber konkret und bei den richtigen Adressen.